Presse

AG Sport

Fußball-WM in Katar – Menschenrechte sichern mit Fonds für Arbeitnehmerschutz

***Mahmut Özdemir**, sportpolitischer Sprecher:*

Anlässlich des heute stattfindenden FIFA-Kongresses appelliert die SPD-Bundestagsfraktion an die Regierung in Katar, durch Einrichtung eines Stiftungs-Fonds ein nachhaltiges Signal für den Schutz von Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu setzen. Im Zuge der Baumaßnahmen im Vorfeld der Austragung der Fußballweltmeisterschaften 2022 in Katar hatte Amnesty International schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen angeprangert.

„Wir fordern die Regierung von Katar auf, schnellstmöglich Reformen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachzuholen. Sie sollte die Bühne und die Reichweite der Weltmeisterschaften für ein sichtbares Zeichen nutzen und ihren nachhaltigen Reformwillen durch Einrichtung eines Fonds untermauern, zum Beispiel zur Gründung einer Stiftung zum Schutz von Arbeitnehmerrechten. Andernfalls ist eine solche WM nicht tragbar.

Seit der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft vor zehn Jahren steht das Gastgeberland Katar wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Nach einem Bericht des ‚Guardian' sind mindestens 6500 Arbeitsmigranten infolge mangelhafter Arbeitsschutzmaßnahmen zum Beispiel beim Bau von Stadien ums Leben gekommen. Arbeitern wurde der Lohn nicht gezahlt und es wurden Pässe eingezogen, um sie an der Ausreise zu hindern. Unterkünfte und Arbeitsbedingungen waren prekär.

Dies alles widerspricht den Werten, für die wir einstehen. Wir sehen die Austragung der Weltmeisterschaft in Katar, die auf ein solches Fundament gestützt ist, deshalb äußerst kritisch. Daher ist es an der Zeit, ein Zeichen für Menschenrechte, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Arbeitnehmerrechte zu setzen.

Zwar hat das Gastgeberland inzwischen einen Mindestlohn von umgerechnet 230 Euro im Monat eingeführt und weitere Reformen, wie die Abschaffung des

Kafala-Systems, das moderner Sklaverei gleichkommt, angekündigt. Diese Reformen wurden nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen bislang aber nur unzureichend umgesetzt.“